

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse:  
„Tageblatt“, Riesa.

## Amtsblatt

Verlagsnummer  
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,  
sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 45.

Donnerstag, 23. Februar 1911, abends.

64. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der Inhaber. Postanschriften 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnementen werden angenommen. Anzeigen-Nummern für die Nummer des Ausgabebetages bis vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Kolonialdruck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Verlagsstelle: Goethestraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Kühnel in Riesa.

Die Anfuhr der Steinkohlen und Bricketts, die Lieferung von ungefähr 280 cbm Brennholz, sowie das Räumen der Silvern-, Kasse- und Müllgruben für 1911 soll öffentlich verdingt werden. Die Bedingungen sind im Geschäftszimmer der Garnisonverwaltung — Pionierkaserne, Stabsgebäude, Zimmer Nr. 61 — einzusehen und Angebots verschlossen bis 6. März 1911, vorm. 10 Uhr, einzuliefern. Bewerber, welche die Bedingungen nicht eingesehen haben, bleiben unberücksichtigt. Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
Königliche Garnisonverwaltung Riesa.

### Freibank Röderau.

Morgen Freitag früh von 9 Uhr ab wird das Heiß eines jungen Kindes verkauft. Hund 50 Pfg.  
Der Gemeindevorstand.

### Bekanntmachung.

Wegen Verlegung unseres Hauptbüros an der Halleschen Brücke, hier, muß die Gaslieferung für unser ganzes Versorgungsgebiet Freitag, den 24. Februar 1911 von morgens 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis abends 5 Uhr eingestellt werden, was wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringen.  
Gröbba, am 22. Februar 1911. Die Gaswerksverwaltung.

Anzeigen für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabebetages.  
Die Geschäftsstelle.

### Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 23. Februar 1911.

—\* Mit dem gestrigen Vortrag des Herrn Hauptmann a. D. von Amelungen über: „Die Bedeutung unserer Kolonien für unsere Industrie und Arbeiterschaft“ hat die Abteilung Riesa der Deutschen Kolonialgesellschaft der kolonialen Sache in unserer Stadt einen großen Dienst geleistet. Der Vortrag war hochinteressant und lehrreich und bewies treffend, daß Deutschland nicht nur gezwungen ist Kolonialpolitik zu treiben, sondern daß es sich auch seiner Kolonien freuen kann. Während wir in Deutschland, so begann Redner seine Ausführungen, auf allen Gebieten des Wissens eine große Höhe erreicht hätten, sei in allen Kreisen, selbst in den gebildeten, eine mangelhafte Unkenntnis auf kolonialen Gebieten vorhanden. Als Beweis hierfür führte Redner eine Reihe von Beispielen an. Sodann wandte er sich der sehr oft zu hörenden Behauptung zu, daß wir Kolonien haben müßten, weil wir sonst nicht wüßten, wo wir in Deutschland mit den Menschen hinsollten. Diese Begründung der Kolonialpolitik sei falsch. Die Einwanderung in Deutschland sei zehn, ja zwanzigmal größer als die Auswanderung. Und dann seien die Kolonien auch nicht dazu da, den Bevölkerungszuwachs, wenn man von einem solchen reden wolle, in Wirklichkeit sei keiner vorhanden, aufzunehmen. Denn um den Mangel der Schwarzen vor der weißen Rasse nicht zu untergraben, hätten die Weißen in den Kolonien nur bevorzugte Stellen einnehmen. Die Frage, warum brauchen wir Kolonien? sei ganz anders zu beantworten. Die Folge der heutigen gesunden Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland sei, daß wir jährlich eine Zunahme von 1 Million Menschen hätten. Die Landwirtschaft sträube sich, die Tatsache anzuerkennen, daß sie die Bevölkerung nicht beschäftigen könne. Sie sage nun, daß man viele Millionen für die Bewirtschaftung der Kolonien ausgeben, solle man lieber Kolonisation im Innern (Deutschland) treiben und die Kolonialgebiete fruchtbar machen. Der Kernpunkt dieser Frage aber sei doch der: Ist es rentabel möglich, die oben genannten Ackerboden umzuwandeln? Es seien 3 Millionen Hektar Ackerland vorhanden, die in Acker umzuwandeln Milliarden kosten würde. Die Frage sei also wohl theoretisch zu lösen, praktisch aber nicht. Die Landwirtschaft sei also nicht in der Lage, den gewaltigen Bevölkerungszuwachs aufzunehmen und deshalb müßten wir uns notgedrungen der Industrie zuwenden. Die Industrialisierung Deutschlands habe die Landwirtschaft an die zweite Stelle gedrängt. Da habe nun die Frage der Beschaffung der Rohmaterialien für die Industrie eine große Bedeutung. Deutschland müsse noch jährlich für 3 Milliarden Rohmaterialien vom Ausland beziehen. Redner widerlegte sodann schlagend die gegen die Kolonialpolitik gerichteten Einwände. Was die Kolonien kosten und was sie einbringen seien Fragen, die gar nichts mit einander zu tun hätten. Die Hauptsache sei, daß die Kolonien der Industrie die Rohstoffe lieferten und ihre Absatzgebiete schafften. Die Frage, ob die Kolonien Ueberflüsse lieferten, habe zurückzutreten. Redner erinnert an Religion und Schule, an Verwaltung und Justiz, an Armee und Flotte, die doch auch viel Geld kosteten, aber nichts einbrächten, die wir aber doch aus wichtigen Gründen nicht missen könnten. Bei der Entwicklung der Kolonien sei ein dreifaches Stadium zu unterscheiden: 1. Die Erfüllung der natürlichen Vorbedingungen für die Bewirtschaftung, 2. Ausbau der Kolonien mit Verkehrswegen usw. und 3. Schaffung der wirtschaftlichen Werte. Unsere Kolonien hätten sich tatsächlich glänzend entwickelt und seien den englischen gut zu vergleichen. Nunmehr ging Redner dazu über, an der Hand zahlreicher Präparate einen Ueberblick zu geben, was uns unsere Kolonien an Rohmaterialien

liefern und wie diese verwendet werden. Es würde zu weit führen, wollten wir die Rohmaterialien alle hier verzeichnen. Redner begann mit den tierischen Produkten, es folgten die Pflanzenstoffe und Oele, sodann die koloniale Lebensmittelindustrie, die Jagd-, Marmor- und Holzindustrie. Bei den angeführten Produkten gaben besonders die neue Schapeweide, die aus den Kolonien einer dem ostasiatischen Seidenspinner verwandten Raupe gewonnen wird, sowie die Wolle, die Phosphate, der Marmor und die Fälscher dem Vortragenden Gelegenheit zu zeigen, wie groß die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien auf indirektem Gebiete ist und wie es gar nicht darauf ankommt, was die Kolonien heute liefern, sondern darauf, was sie nach den vorhandenen natürlichen Vorbedingungen in Zukunft zu liefern vermögen. Bei der Baumwolle war es dem Redner möglich kurzulegen, wie sehr gerade an diesem Produktzweig die deutsche Arbeiterschaft interessiert sei. Für die deutsche Textilindustrie sei angeklagt, daß in Amerika sich bemerkbar machenden Bestrebungen die Baumwollproduktion in unseren Kolonien eine Existenzfrage. Sehr oft sprach der Vortragende die Mahnung aus, den deutschen Fabrikanten mehr Vertrauen entgegenzubringen, nur deutsche Rohmaterialien, wie überhaupt nur deutsche Waren zu kaufen. Mancher glaube ein englisches oder sonst ein ausländisches Fabrikat zu kaufen, in Wirklichkeit sei es aber doch deutschen Ursprungs, nur daß es viel teurer bezahlt werden müsse. Deutsche Waren kaufen helfe deutsches Nationalbewußtsein in deutsches Nationalvermögen umsetzen. Die japanische Regierung habe seinerzeit an die Japaner die Bitte gerichtet, nur japanische Waren zu kaufen, auch wenn sie schlechter und teurer als ausländische seien. Der Japaner habe diese Bitte befolgt und die Wirkung sei, daß Japan heute mehr Geld vom Ausland beziehe, als es dem Ausland zulommen lasse. Viele sagten, die Kolonien seien nichts wert. Das sei falsch. Um die Schätze an Rohstoffen auszubenten, fehle es am Wichtigsten, an den Eisenbahnen. Man müsse daher eigentlich sagen, diejenigen, die den Kolonien die Eisenbahnen verweigern, seien nichts wert. Auch als Absatzgebiet für Maschinen hätten die Kolonien bereits eine große Bedeutung. Die Ausführungen des Vortragenden fanden starken Beifall, ebenso die von Herrn Photograph Werner zum Schluß vorgeführten Lichtbilder.

—\* Patentchau vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden-V., Schloßstraße 2. Abschriften billigst, Auskünfte frei. Gustav Franz, Röderau b. Riesa: Einlagestell usw. (Verläng.). — Kurt Behold & Emil Zimmermann, Riesa: Zintensack mit Vorratsbehälter (Gm.). — Richard Kunze, Strehla: Brieföffner mit Kellner (Gm.). — Emil Wünsche, Radewitz b. Riesa: Rechenstiftbefestigung (Gm.). — Sächsische Möbelindustrie, G. m. b. H., Riesa: Kombiniertes Rücken- und Aufwachtisch (Gm.). — Großenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik, A. G., Großenhain: Platinenhaltervorrichtung für Comptonschaffmaschinen mit Pappkarteneinrichtung (Gm.).

—§§ Im Königreich Sachsen besteht neben dem Reichspreßgesetz noch das alte sächsische Preßgesetz vom 24. März 1870, dessen Reformbedürftigkeit und Unzweckmäßigkeit in einem Preßprozeß vor dem Rgl. Sächs. Oberlandesgericht selbst von diesem anerkannt wurde. Wertminderungsweise werden die Bestimmungen des alten sächsischen Preßgesetzes nicht mehr in allen Amtsbezirken Sachsens angewendet, wie folgender besonders markante Fall darthut: Eine große sächsische Tageszeitung hatte ihren Reklameschiff auf die Reise geschickt, um in verschiedenen Orten der Amtshauptmannschaft Döbeln Plätze zum Anbringen von Reklameschildern auszuwählen. In drei Orten wurden auch bezügliche Reklameschilder angebracht und zwar in zwei Orten mit dem Einverständnis der betr. Hauseigentümer an Gashäusern und im dritten

Orte — Ziegra — am Spritzenhause, allerdings ohne Genehmigung des Gemeindevorstandes. Diese Unterlassung der Einholung der Erlaubnis hatte zur Folge, daß der Reklameschiff der betr. Zeitung wegen Vergehens nach §§ 15, 1 und 16 des sächsischen Preßgesetzes vom 24. März 1870 unter Anklage gestellt wurde, denn jene Paragraphen schreiben vor, daß die Zeitungsschiffbilder mit Genehmigung der Behörde an im voraus zu bestimmenden Orten anzubringen sind. Es ist aber beachtlich, daß die in Frage kommenden Häuser schon lange vorher zum Anbringen von Reklameschildern benutzt wurden, ohne daß gegen diese Benutzung das sächsische Preßgesetz in Anwendung gebracht worden war. Der Angeklagte machte nun ohne Erfolg vor dem Schöffens- und Landgericht Döbeln bzw. Zieberg geltend, daß das alte sächsische Preßgesetz eine Unklarheit enthalte, denn es drücke nicht genau aus, wer im voraus die Anschlagorte zu bestimmen habe: die Behörde oder die betr. Zeitung. Zudem sei das alte Preßgesetz durch Nichtgebrauch außer Kraft gesetzt, denn die Ortspolizeibehörden hätten gegen die wirkliche Anbringung von Zeitungsschiffbildern bisher niemals Einwendungen erhoben und auch der Gemeindevorstand von Ziegra habe seinen Anstoß daran genommen, daß das Plakat am Spritzenhause angebracht wurde. — Die beim Oberlandesgericht zu Dresden eingelegte Revision blieb ebenfalls ohne Erfolg. Der oberste sächsische Gerichtshof begründete die Zurückweisung der Revision auf folgende Weise: Das alte sächsische Preßgesetz habe trotz des Reichspreßgesetzes die rechtsgültige Bestimmung, daß die Anbringung von Nachrichten, sowie das Anbringen von Plakaten mit Genehmigung der Behörde an im voraus zu bestimmenden Orten zu geschehen habe. Es unterliege keinem Zweifel, daß diese Orte von der Behörde zu bestimmen seien. Dem sei nicht entgegen gesprochen worden und infolgedessen sei es auch nicht zweifelhaft, daß die betr. Bestimmungen zu Ungunsten des Angeklagten anzuwenden seien. Es könne ferner keine Rede davon sein, daß das alte sächsische Preßgesetz vom Jahre 1870 durch Nichtgebrauch und Nichtanwendung außer Kraft gesetzt sei. Selbst wenn das Gesetz nicht mehr in Anwendung gekommen sei, habe das Gericht keine Veranlassung, den Angeklagten vor Bestrafung zu schützen. Ob jedoch das sächsische Preßgesetz noch zweckmäßig und angebracht sei, sei Sache des Gesetzgebers und der Verwaltung.

—\* Bei den auf der Generalversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller vorgenommenen Wahlen für den Vorstand wurden von den ausstehenden Herren wiedergewählt die Herren: Stadtrat Albin Bauer, Aus. Kommerzienrat Ernst Baumgärtel, Vengelsfeld, Konsul Dürfeld, Chemnitz, Paul Franke-Augustin, Leipzig, Georg Heyde, Dresden, Alfred Rahl, Werbau, Kommerzienrat Ernst Rischner, Leipzig, Dr. Victor Rinthardt, Leipzig, Stadtrat Robert Metzel, Wylau, Kommerzienrat Paul Pfund, Dresden, Freiherr Speck von Sternburg. Neu eingetreten in den Vorstand sind die Herren: Direktor Richard Bausch, i. Fa. Gehe & Co., Aktien-Gesellschaft, Dresden, Rudolf Marthaus, i. Fa. Ambrosius Marthaus, Olschag, Kommerzienrat Wiede, i. Fa. Moritz Emil Gehe, Chemnitz, Gustav Peiters, Riesa, Direktor der Vereinigten Elbschiffahrts-Gesellschaften, A. G., Dresden.

— Der Schiffsahrtsabgaben-Kommission für Reichstage ist von der Regierung eine Denkschrift zugestellt worden, die Angaben über den Ausbau der Elbe auf der sächsischen Stromstrecke enthält. Vom Standpunkte des Schiffers und namentlich des Kleinschiffers aus müssen, so schreibt der „P. A.“, schwere Bedenken gegen diese Denkschrift geltend gemacht werden, die nichts weniger bedeutet als einen vollständigen Untergang des Kleinschiffahrtsgewerbes. Nach den Ausführungen der